Ausschuss für Berufliche Bildung der Deputation für Bildung

Ergebnisvermerk über die 5. Sitzung

18. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011 - 2014

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort:
05. März 2013	15:00 Uhr	17:00 Uhr	Senatorin für Bildung und Wissenschaft, Raum 122 Rembertiring 8-12, 28195 Bremen

Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1: Feststellen der Tagesordnung

TOP 2: Genehmigung des Vermerks über die 4. Sitzung am 29.11.2012

TOP 3: Terminvorschläge für die Sitzungen des Ausschusses für Berufliche Bildung im Jahr 2013

TOP 4: Verordnung über die Einjährige berufsvorbereitende Berufsfachschule

TOP 5: Situation behinderter Jugendlicher, die über den Integrationsfachdienst in Ausbildung kommen

TOP 6: Verschiedenes

Frau Jendrich übernimmt die Sitzungsleitung, weil Herr Staatsrat Kück verhindert ist.
Frau Jendrich stellt Herrn Horn als derzeitigen pädagogischen Mitarbeiter und Frau Neumann als neue Geschäftsführung des Referats 22 vor.

Zu TOP 1: Feststellen der Tagesordnung

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird genehmigt.

Zu TOP 2: Genehmigung des Vermerks über die 4. Sitzung am 29.11.2012

Frau Zaremba und Frau Seevers weisen darauf hin, dass unter „TOP 5 Verschiedenes“ der Hinweis zur Vorbereitung des Themas „Situation behinderter Jugendlicher, die über den Integrationsdienst in Ausbildung kommen“ nicht richtig ist und sie die Bitte um Vorbereitung an Frau Ötting weitergeleitet haben, die zu diesem TOP heute anwesend ist.

Der Vermerk wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 3: Terminvorschläge für die Sitzungen des Ausschusses für Berufliche Bildung im Jahr 2013

Da bei den mit der Einladung verschickten Terminvorschlägen drei Terminkollisionen aufgetreten sind, schlägt Frau Jendrich Alternativtermine vor, an denen nun alle Deputierte bei derzeitiger Terminlage teilnehmen können (s. Anlage 1).

Ferner kündigt Frau Jendrich an, zukünftig am Ende eines Kalenderjahres gleich den ersten Termin für das Folgejahr abstimmen zu wollen, um eine problemlose Terminfindung mit allen Mitgliedern des Ausschusses zu gewährleisten.

Beschluss: **einstimmig**

Der Ausschuss für Berufliche Bildung beschließt, die geänderten Terminvorschläge für den Bedarfsfall vorzusehen.

Zu TOP 4: Verordnung über die Einjährige berufsvorbereitende Berufsfachschule

Frau Jendrich erläutert prägnant die wesentlichen Beweggründe für die Erstellung einer neuen Verordnung für die einjährige berufsvorbereitende Berufsfachschule (EbvBFS):

- Eine Verordnung statt sieben unterschiedlicher wie bisher
- Einheitliche Regelung zur Erlangung des MSA
- Einheitliche Praktikumsregelung
- Verkleinerung des Übergangssystems zugunsten der Aufnahme einer dualen Berufsausbildung über Beratung in der neu gegründeten Beratungsstelle: Zentrale Beratung Berufsfachschule (ZBB)

Die bisherigen Erfahrungen aus der ZBB sind sehr positiv und lassen darauf schließen, dass die Beratungsstelle einen akuten Beratungsbedarf sowohl bei den Schülerinnen und Schülern wie auch ihren Eltern bedient.

Frau Böschen teilt die über die Neuordnung verfolgten Ziele, weist jedoch auch darauf hin, dass viele Schülerinnen und Schüler im schulischen System zur Erlangung eines höherwertigen schulischen Abschlusses verbleiben, da sie durch die Gesellschaft auch dazu erzogen worden sind und ihnen die Wertigkeit einer dualen Berufsausbildung nicht bewusst ist. Zudem gibt sie zu bedenken, dass die in der Verordnung genannten Zulassungsvoraussetzungen umfangreicher sind, als bei wesentlich leistungsstärkeren Schülerinnen und Schülern, die eine gymnasiale Oberstufe besuchen möchten. Gleichwohl ist für sie diese neue Verordnung klar der richtige Weg. Abschließend gibt sie noch zu bedenken, dass das verbindliche Praktikum nur einen Umfang von zwei Wochen haben sollte. Zudem muss in die Schulen der Sekundarstufe I klar kommuniziert werden, dass die in einem solchen Praktikum gewählte Fachrichtung sich auf die Zulassung in der EbvBFS auswirkt. Frau Jendrich sichert eine Verkürzung der verbindlichen Praktikumsdauer auf 2 Wochen zu.

Auch Frau Schön begrüßt den Ansatz, die bislang unterschiedlichen Ordnungsmittel zu vereinheitlichen, eine obligatorische Beratung einzuziehen und hierbei ein hohes Maß an Verbindlichkeit abzufordern. Gleichzeitig äußert sie wie auch Frau Vogt Bedenken, dass Jugendliche ohne einen schulischen Abschluss nicht zur EbvBFS zugelassen werden können. Gerade die Jugendlichen jedoch, die aufgrund der Zulassungsvoraussetzungen nun in die EbvBFS aufgenommen werden dürfen wären die Zielgruppe, die eigentlich in Ausbildung vermittelt werden müsste.

Frau Jendrich erläutert daraufhin, dass genau dies Ziel der ZBB ist. Hier sollen möglichst viele dieser Jugendlichen, die durchaus ausbildungsfähig wären, dazu beraten werden, eine Berufsausbildung aufzunehmen. Die EbvBFS ist jedoch nicht für Jugendliche ohne jeglichen Schulabschluss konzipiert. Stattdessen werden breit gefächerte ausbildungsvorbereitende Bildungsgänge sowohl in Voll- wie auch in Teilzeit bereits jetzt in beiden Stadtgemeinden vorgehalten, um auch diesen Jugendlichen ein attraktives und passgenaues Angebot unterbreiten zu können. Diese Jugendlichen gehen also nicht leer aus, sondern erhalten vielmehr ein auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenes Angebot.

Frau Vogt merkt an, dass sie es begrüßen würde, wenn Schülerinnen und Schüler, die bereits einen MSA erworben haben diesen in der EbvBFS nochmals erwerben und sich dabei u. U. verbessern könnten. Frau Jendrich weist auf die erheblichen Mehrkosten einer solchen Regelung hin, da im Sinne der Gleichbehandlung dies dann auch für andere Abschlüsse gelten müsste. Eine solche Regelung erscheint daher nicht finanzier- und umsetzbar.

Frau Häsler führt aus, dass auch sie die Erstellung einer gemeinsamen Verordnung sowie die Einführung einer zentralen Beratungsstelle begrüßt und für den richtigen Weg hält. Sie wirft jedoch die Frage auf, ob das Fehlen einer solchen Beratungsstelle in Bremerhaven lediglich temporär sei, oder mittelfristig so bestehen bleiben wird.
Frau Böschen weist darauf hin, dass diese Beratungsstelle aus Landesmitteln finanziert werden sollte, da es sich dabei genau wie die Unterrichtsversorgung um eine Landesaufgabe handle.

Alle Mitglieder des Ausschusses möchten gerne möglichst zeitnah eine Information darüber haben, ob die eingeleiteten Maßnahmen zur Umsteuerung von Schülerströmen aus dem Übergangssystem hin in die duale Ausbildung erfolgreich gewesen ist. Da das neue System derzeit jedoch gerade erst anläuft, können diese Zahlen aktuell noch nicht vorliegen. Frau Jendrich sichert jedoch zu, die Auswertung entsprechender Evaluationen umgehend zur Verfügung zu stellen, sobald Daten hierzu vorliegen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Berufliche Bildung nimmt den vorgelegten Entwurf einer Verordnung über die Einjährige berufsvorbereitende Berufsfachschule zur Kenntnis und empfiehlt den mündlichen Bericht der Ausschusssprecherin in der Deputation für Bildung am 15.03.2013.

Zu TOP 5: Situation behinderter Jugendlicher, die über den Integrationsfachdienst in Ausbildung kommen

Frau Ötting (SfWAH) stellt die derzeitige Situation vor. Demnach ist der Integrationsfachdienst nicht für die Vermittlung von Jugendlichen in Ausbildung zuständig.

Frau Jendrich verteilt eine Übersicht von Ausbildungsberufen für Menschen mit Behinderung nach §66 BBiG oder §42m HwO mit den dazugehörigen Schulstandorten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Berufliche Bildung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Zu TOP 6: Verschiedenes

Frau Seevers bietet an, auf der nächsten Ausschusssitzung über wesentliche Aspekte des neuen Berufsbildungsberichts zu berichten, was alle Ausschussmitglieder einhellig begrüßen.

gez. Petra Jendrich	gez. Sybille Böschen	gez. Dominique Neumann
Vorsitz	Sprecherin	Protokollführerin

Anlagen

Anwesenheitsliste

Geänderte Vorlage Nr. 1: Terminplanung 2013

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Berufliche Bildung
der Deputation für Bildung

5. Sitzung

18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011 - 2015

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort:
05.03.2013	15:00 Uhr	Uhr	Raum 122 SfBuW

Mitglieder des Ausschusses	**Unterschrift *)**	**Teilnahme ab: - bis: **)**	**PKW-Pauschale**	**Sonstige Fahrtkosten**
Senatorin Prof. Dr. Eva Quante-Brandt				
Staatsrat Gerd-Rüdiger Kück				
Sybille Böschen	I. Böschen			
Aydin Gürlevik				
Silvia Schön				
Luisa-Katharina Häsler				
Kristina Vogt	Kristina Vogt			

*) Vertretungsweise Teilnehmer/innen bitte mit i.V. unterschreiben.
**) Nur auszufüllen, wenn nicht an der ganzen Sitzung teilgenommen wurde.

Vertreter/innen der Senatorin für Bildung und Wissenschaft

Name	OKZ	Name	OKZ
Carmen Runge	23-10		
Marion Sus	23		
Winfried Brumma	22		
Dominique Neumann	22-10		
Petra Jendrik	22		
Börge Hahn	22-PM2		

Vertreter/innen anderer Behörden

Behörde	Name
SWAH	Zaremba
SWAH	Öhling

Sachverständige

Organisation u.ä.	Name
PR-Schulen Bremerhaven	Brandt
VlB-Bremen	T. Plaggenmeier
SZ III Ulbremen (Arbeitskreis der Direktoren/-innen der BS)	J. [illegible]
PR-Schulen Vertretung	F. Schädde-Schröter

Die Senatorin für
Bildung und Wissenschaft

6. März 2013
Dominique Neumann
Tel.: 361 10402

Vorlage Nr. 1
geändert nach Absprache in der Sitzung

für die Sitzung des Ausschusses Berufliche Bildung
der Deputation für Bildung
am 05.03.2013

Terminvorschläge für Sitzungen des Ausschusses für Berufliche Bildung im Jahr 2013

A. Problem

Für das Jahr 2013 werden die weiteren nachstehenden Termine für den Bedarfsfall zur Abstimmung vorgeschlagen:

B. Lösung

Ausschuss-Sitzungen jeweils 15:00 Uhr	**nachrichtlich: nachfolgende Deputationssitzungen**	**nachrichtlich: Bürgerschaftssitzungen**
Donnerstag,11.04.2013 von 16 bis 18 Uhr	30.04.2013	16./17./18.04.2013
Donnerstag, 30.05.2013 von 15 bis 17 Uhr	13.06.2013	14./15./16.05.2013 18./19./20.06.2013
(Sommerferien 27.06.-07.08.2013)	22.08.2013	27./28./29.08.2013
Donnerstag, 05.09.2013 von 15 bis 17 Uhr	19.09.2013	24./25./26.09.2013
Donnerstag, 31.10.2013 von 15 bis 17 Uhr	07.11.2013	12./13./14.11.2013
Donnerstag, 28.11.2013 von 15 bis 17 Uhr	13.12.2013	10./11.12.12.2013

C. Beschluss

Der Ausschuss für Berufliche Bildung hat beschlossen, diese Termine für den Bedarfsfall vorzusehen.

20-8 Bremen, den 08.08.2013

Renate Raschen

Bericht
für die Sitzung der Deputation für Bildung (staatlich) am 22.08.2013 unter Verschiedenes

Wettbewerbsteilnahmen Bremer Schulen

Problem / Frage:

Der Abgeordnete Dr. von Bruch, Fraktion der CDU, bittet um einen Bericht und eine darstellende Übersicht zu den Wettbewerbsteilnahmen Bremen Schulen

Lösung / Antwort:

1. Grundsätzliches zu den Rahmensetzungen für Wettbewerbe

Wettbewerben wird in der schulpädagogischen Diskussion über **individuelle Förderung** einerseits und **Schul- und Unterrichtsentwicklung** andererseits eine wachsende Bedeutung zugesprochen. "Gute" Schülerwettbewerbe sind ein geeignetes Instrument zur differenzierten und individuellen Förderung von Begabungen: Die Teilnahme an Wettbewerben weckt Motivation und fachliches Interesse, erhöht die Lern- und Leistungsbereitschaft, stärkt das Selbstwertgefühl und schult die Fähigkeit, selbstständig und gemeinsam zu lernen, zu forschen und zu präsentieren. Sie ist ein wichtiges Instrument der Förderung und Herausforderung besonderer Begabungen im Bremer Schulsystem.

Schülerwettbewerbe werden bundesweit seit vielen Jahren durchgeführt: Der Europäische Wettbewerb etwa begeht 2013 sein 60. Jubiläum, Jugend forscht startet in die 49. Runde. Formate sind Forschungs- und Leistungswettbewerbe, sprachliche Klausurenwettbewerbe, mathematisch- naturwissenschaftliche und sprachliche Olympiaden oder politisch-gesellschaftswissenschaftliche Projektwettbewerbe und Gestaltungsaufgaben.

Darüber hinaus gibt es bundesweit ausgelobte Preise, Siegel und Wettbewerbsformate, die Schulen bzw. Projekte und Qualitätsentwicklungs-Programme an Schulen auszeichnen.

Zahlreiche Agenturen, Firmen und Initiativen nutzen außerdem - außerhalb der behördlichen Steuerung - das Instrument „Wettbewerb“ als Aufhänger, auf sich oder ein spezifisches Anliegen aufmerksam zu machen.

Für Schulen ist es zunehmend schwierig, sich in der Flut von Ausschreibungen zu orientieren und empfehlenswerte von weniger geeigneten Formaten zu unterscheiden. Wurden etwa 1999 in der „Gemeinsamen Erklärung der Länder und des Bundes zur Förderung bundesweiter Wettbewerbe im Bildungswesen“[1] noch 14 geförderte Wettbewerbe benannt, waren es 2007 im „Verwaltungsabkommen über das Zusammenwirken von Bund und Ländern“ bereits 25 Wettbewerbe. Die aktuelle **Liste „Von der Kultusministerkonferenz empfohlene Wettbewerbe**“[2] enthält 34 Wettbewerbe in vier Fachbereichen. Hier erfolgte die Auswahl erstmals auf der Basis von **Qualitätskriterien** (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 17.09.2009).

Vor diesem Hintergrund erfolgt in Bremen die Steuerung der Wettbewerbsangelegenheiten. Informationen zu Wettbewerben werden von der SfBW nur nach sorgfältiger kriteriengeleiteter Filterung an Schulen weitergegeben. Empfehlenswerte Formate werden zusätzlich gezielt an angesprochene Fachbereiche oder Lehrkräfte der Schulen weitergeleitet.

2. Landeskoordination der Wettbewerbe

Die Beteiligung von Schulen oder einzelnen Schülerinnen und Schülern an Wettbewerben wird von der SfBW nicht zentral erfasst. Detaillierte Informationen liegen jedoch für jene Wettbewerbe vor, bei denen gemäß der Vereinbarungen des Verwaltungsabkommens (vgl. Fußnoten 1 und 2) Bund und Länder zusammenwirken, Lehrkräfte als Landeskoordinatoren/innen eingesetzt werden und die Bundesgeschäftsstellen regelmäßig die Qualitätsentwicklung mit den zuständigen Länderreferenten/innen kommunizieren. Andere Daten im Bericht basieren auf der Recherche durch die Referentin.

Die Landeskoordination ist für die Organisation der jeweiligen Landeswettbewerbs-Veranstaltungen und ggf. vorgeschaltete Regionalrunden zuständig, stellt die Jury zusammen, ist teilweise Mitglied einer Bundesjury. Sie wirbt, berät Schulen und Lehrkräfte im Land und kooperiert mit SfBW und den jeweiligen Bundesgeschäftsstellen überregional. In Bremen gibt es für folgende Wettbewerbe Landeskoordinatoren/innen:

- Jugend forscht
- Jugend debattiert
- Förderprogramm Demokratisch Handeln

[1] Beschluss der KMK vom 14.09.1984 i.d. F. vom 16.04.1999, Anlage 4
[2] Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 17.09.2009 i.d.Fassung vom Mai 2012

- Bundeswettbewerb Fremdsprachen
- Europäischer Wettbewerb
- Schülerzeitungswettbewerb der Länder
- Mathematik-Olympiade (Koordination über Verein Mathematik in Bremen)
- Naturwissenschaftliche Olympiaden/ „Das ist Chemie“ (Auswahlwettbewerbe)
- Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten (Koordination Uni Bremen/ Projektwerkstatt Geschichte)
- Schultheater der Länder
- Bremer Schulrockfestival (seit 20 Jahren) und Landesbegegnung Schulen musizieren

3. Die Beteiligung an Schülerwettbewerben in Zahlen:

Wettbewerbe sind in Bremen vergleichsweise gut etabliert. Regelmäßig steht Bremen an bundesweit erster bzw. vorderer Stelle (Jugend forscht, Geschichtswettbewerb, Demokratisch Handeln) bei der Beteiligung in Relation zur Schülerzahl. **Für die aktuellen Runden des Schuljahres 2013** kann folgende Beteiligung belegt werden:

- **Jugend forscht**: ca. 700 Teilnehmer/innen haben 360 Arbeiten eingereicht. 13 Jungforscher/innen erreichten die Bundesebene; insgesamt neun Preise (sechs Sonderpreise, 3. Platz Mathematik, 4. Platz Chemie und Physik). Beteiligung in Relation zur Schülerzahl: Rang 1 bundesweit; absolute Zahlen: Rang 6.
- **Känguru der Mathematik**: Multiple Choice–Wettbewerb für Jahrgänge 3–13: ca 7200 Schülerinnen und Schüler aus 83 Schulen, davon etwa 50 Grundschulen,
- **Mathematik-Olympiade**: 1400 Teilnehmende aus Jahrgang 3 -12; 145 Schülerinnen und Schüler in der Landesrunde; 11 Teilnehmende an der Bundesrunde 2013, ein zweiter Preis und zwei Anerkennungspreise auf Bundesebene.
- **Pangea - Mathematikwettbewerb**: Neuer Aufgaben- und Motivationswettbewerb für Jahrgang 3 – 10 mit Eventcharakter. 1448 Schülerinnen und Schüler in der Vorrunde, 92 in der Zwischenrunde, 15 im Finale, drei Bundessiege in den Jahrgängen 3 und 4.
- **Bundeswettbewerb Mathematik**: zweifacher Bundessieg von Bremer Schülern in den Schuljahren 2010/11 und 2011/12, erstmalige Teilnahme eines Bremer Schülers bei der Internationalen Mathematik-Olympiade 2012 in Argentinien.
- **Bundesumweltwettbewerb**: 28 Teilnehmende mit 11 Arbeiten.
- **Naturwissenschaftliche Olympiaden** (Chemie-, Physik-, Biologie-), Bundeswettbewerb Informatik, International Junior Science Olympiad: Teilnahme von 1-6 Personen.
- **Intel Leibniz Challenge** (praxisnahe Entwicklungsaufgaben, ab JG 9) 3 Schulen mit 7 TN (Zahlen aus Runde 2010/11)
- **„Das ist Chemie“** (Alltagsnaher Aufgaben- und Motivationswettbewerb für Jg. 5 – 10): Wettbewerb auf Landesebene mit 220 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 16 Schulen, davon sieben neue Schulen im Jahrgang 2012/13.
- **Jugend debattiert:** ca. 3.325 Schülerinnen und Schüler von 19 Schulen debattieren vorbereitet durch ca. 130 Lehrkräfte in Unterrichtsreihen und vier Regionalwettbewerben; 8 Landesfinalteilnehmer/innen, zwei reisten zur Bundesqualifikation.
- **Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten:** 123 Kinder und Jugendliche mit 39 Beiträgen; sechs Landespreise, neun Förderpreise; Bundesrunde steht noch aus.

Bei der Beteiligung in Relation zur Schülerzahl rangiert Bremen auf Platz 1 im Bundesvergleich bzw. auf Rang 9 in absoluten Zahlen.

- **Förderprogramm Demokratisch Handeln**: 16 Projekte wurden von acht beteiligten Schulen eingereicht; vier davon erhielten eine Auszeichnung auf Bundesebene („Lernstatt Demokratie"), weitere vier eine Einladung zu den Feierlichkeiten am „Tag der Einheit" 2013. Die Beteiligung Bremens bei „Demokratisch Handeln" ist stets sehr hoch; im Jahr 2010 war Bremen bundesweit an erster Stelle bei der Beteiligung.
- Das Projekt „Einbürgerung mit Doppelpass" eines Politik-Kurses der Gesamtschule Bremen Ost erhielt 2013 einen Sonderpreis des **„Hildegard-Hamm-Brücher-Preises** für Demokratie lernen" aus der Hand der Preisstifterin.
- **Bremer Friedenspreis „Dem Hass keine Chance":** Jährlich zwischen 35 und 50 Beiträge von ca. 1.000 Schülerinnen und Schülern werden eingereicht.
- **Bundeswettbewerb Fremdsprachen**: Zwei 9. Klassen (ca. 50 Schüler/innen) beim Bundes-Sprachenfest", dem Teamwettbewerb der Sek. I. Zum schriftlichen Einzelwettbewerb waren ca. 60 Schülerinnen und Schüler aus Bremen angemeldet.
- **Europäischer Wettbewerb**: 151 Beiträge (19% mehr als im Vorjahr); 5 Schulen nahmen am länderübergreifenden Wettbewerb teil; 5 Preise, 18 Teilnahmeurkunden.
- **Schülerzeitungswettbewerb der Länder**: 10 Redaktionen nahmen teil (jeweils ca. 10 Personen, gelegentlich mehr). Auszeichnungen auf Landesebene.
- **Schultheater der Länder**: Eine Gruppe (bis 25 Personen) vertritt das Land Bremen.
- **Bremer Literaturpreis für Kinder und Jugendliche** (derzeit vakant, letzte Runde 618 Einsendungen aus allen Jahrgängen; nächste Runde vorauss. Frühjahr 2014)
- **Bremer Schulrockfestival** (seit 20 Jahren): jährlich ca. 35–40 Bands mit durchschnittlich ca. 8 Musiker/innen; insgesamt ca. 250-300 Teilnehmende.
- **Landesbegegnung Schulen musizieren**: ca. 55 Ensembles zwischen 8 und 70 Personen - Auswahlkonzerte für Bundesbegegnung.
- **Be smart, don't start**: Gesundheitswettbewerb zum Thema Rauchen für Jahrgang 5-8, 2.300 Teilnehmende aus ca. 90 Klassen in der letzten Runde.

4. Schulpreise und Qualitätssiegel

Mit diesen Preisen werden Schulen ausgezeichnet, die die Arbeit an den unten genannten Schwerpunkten in ihre Schulentwicklung systematisch integrieren. Bremer Schulen platzieren sich auch hier bei vielen Ausschreibungen. In der Regel können Beteiligungszahlen pro Bundesland nur auf Anfrage bei Veranstaltern ermittelt werden.

- **Deutscher Schulpreis:** Wichtigster Schulpreis, der seit 2006 von der Robert-Bosch-Stiftung verliehen wird. Ausgewählte Schulen werden besucht und ggf. nominiert:
  Preisträger – Schulen (Die besten fünf Schulen bundesweit):
  2012: Grundschule am Pfälzer Weg
  2011: Marktschule BHV
  2008: **„Preis der Jury"** für die Werkstattschule Bremerhaven
  Nominierte Schulen (Die besten 15 Schulen bundesweit):
  2013: Grundschule Auf den Heuen
  2011: Grundschule Borchshöhe
  2006: Grundschule am Pfälzer Weg
  Besuchte Schulen (unter den besten 20 Schulen bundesweit):

2012: Gesamtschule Bremen-Ost
2010: Schule am Rhododendronpark

- **Europäisches Sprachensiegel:** 2011 Auszeichnung der Grundschule Burgdamm.
- **Bremer Qualitätssiegel „Schule mit vorbildlicher Berufsorientierung“:** 18 Schulen sind 2013 zertifiziert, davon bis auf eine alle bereits rezertifiziert. Insgesamt haben sich 27 Schulen seit 2005 beworben. Strukturelle Veränderungen durch die Schulreform haben sich hier auf die Zahl der Programm-Schulen ausgewirkt.
- **Starke Schule – Deutschlands beste Schulen, die zur Ausbildungsreife führen:** Wettbewerb und Netzwerk der Hertie-Stiftung. Auszeichnung 2013: Paula Modersohn Schule. Seit 2009 wurden vier Schulen aus Bremen (Oberschule am Waller Ring, Oberschule Koblenzer Straße, Schule an der Marcusallee, Wilhelm-Olbers-Oberschule) und zwei aus Bremerhaven (Werkstattschule; Paula-Modersohn-Schule) in das Starke-Schule-Netzwerk aufgenommen.
- **„Mixed up“ bzw. „Kinder zum Olymp“:** Auszeichnung von Kooperationsprojekten von Schulen mit Institutionen und außerschulischen Trägern im Bereich kultureller Bildung z.B. für die Projekte von Quartier gGmbH, Übersee-Museum, Bremer Philharmoniker und Die Deutsche Kammerphilharmonie Bremen
- **Trialog der Kulturen**: Neuer Schulwettbewerb der Herbert-Quandt-Stiftung in fünf Bundesländern, der seit 2012 auch in Bremen. Ca. drei bis vier Bremer Schulen/ Jahr bearbeiten Schwerpunktthemen aus Christentum, Judentum, Islam und entwickeln Projekte, in denen die jeweiligen religiösen Perspektiven verdeutlicht werden.

gez.

Raschen

21-4 Melanie Knaack
Tel. 6723

14.08.2013

Bericht für die

Sitzung der Deputation (staatlich) am 22.08.2013 unter Verschiedenes

Sachstandsbericht zum geplanten Pool von Abiturprüfungsaufgaben der KMK

Problem:

Der Abgeordnete Dr. vom Bruch, Fraktion der CDU, bittet um einen Sachstandsbericht zum geplanten Pool von Abituraufgaben der Kultusministerkonferenz (KMK).

Lösung:

Die 337. Kultusministerkonferenz am 08./09.03.2012 hat beschlossen, dem IQB zur Unterstützung der Arbeit der Aufgabenentwicklungskommissionen und der Implementation der Bildungsstandards ab dem Schuljahr 2013/14 eingesetzte schriftliche Abiturprüfungsaufgaben einschließlich der Bewertungsvorgaben in den Fächern, für die Bildungsstandards für die Allgemeine Hochschulreife verabschiedet werden, zu übermitteln (derzeit Deutsch, Mathematik und fortgeführte Fremdsprache Englisch und Französisch). Vom IQB für geeignet befundene Abituraufgaben, die die Länder in eigener Verantwortung entwickeln, werden in einen Aufgabenpool eingestellt. Dieser Aufgabenpool soll kontinuierlich aufwachsen und den Ländern als Angebot für den möglichen Einsatz im Abitur ab dem Schuljahr 2016/2017 zur Verfügung stehen.

Gemäß der o.g. Beschlusslage hat das IQB eine „Konzeption für die Entwicklung und Nutzung eines Pools von Abiturprüfungsaufgaben sowie zur Beschreibung allgemeiner Kriterien für die Gestaltung, Korrektur und Bewertung standardbasierter Abiturprüfungsaufgaben“ er-

arbeitet. Diese wurde im Sinne eines grundlegenden Verfahrensvorschlags von der 342. Kultusministerkonferenz am 20./21.06.2013 zustimmend zur Kenntnis genommen, wird aber im weiteren Arbeitsprozess noch spezifiziert werden müssen.

Vorläufig sind in der Konzeption für das weitere Vorgehen bis 2017 folgenden Maßnahmen beschrieben:

- Der Aufgabenpool der KMK wird ab 2014 mit bereits in den Prüfungen eingesetzten Aufgaben aus den Ländern gespeist.

- Es erfolgt eine Bewertung der Aufgaben durch das IQB (Aufgabenentwickler aus den Ländern) im Hinblick auf die Erfüllung der Bildungsstandards.

- Zu diesem Zweck werden zeitgleich in Zusammenarbeit zwischen IQB und den Ländern Kriterien zur Beurteilung von Prüfungsaufgaben sowie einheitliche Bewertungskriterien entwickelt.

Wie genau die Aufgaben (bzw. Teilaufgaben) des Pools dann in die Prüfungen der Länder ab 2017 eingehen können und wie die Entnahmemodalitäten geregelt sein werden, wird erst im Laufe des Arbeitsprozesses geklärt werden.

Zur Umsetzung des Arbeitsvorhabens werden drei Länder-Arbeitsgruppen gebildet:

- eine, die sich mit den administrativen Vorgaben auseinandersetzt (sogenannte AG-Abiturkommission)
- eine zur Gestaltung der Aufgaben (Formate, Auswahlmöglichkeiten, Dauer der Arbeiten, Vorgaben, Korrekturverfahren) sowie der fachspezifischen Aufgabenbewertung und
- eine Gruppe aus Aufgabenbewertern.

Sachstand in Bremen:

Bremen kann und will sich dem Streben nach mehr Vergleichbarkeit in den Abiturprüfungen stellen. Die Bremer Abituraufgaben haben eine hohe Qualität und die Anforderungen, die

damit an die Schülerinnen und Schüler gestellt werden, entsprechen denen in den anderen Bundesländern. Die Einführung des Zentralabiturs hat in diesem Zusammenhang zusätzlich eine Qualitätssteigerung bewirkt.

Die in den Beispielaufgaben zu den Bildungsstandards vorgegebenen Aufgabenformate sind den Bremer Schülerinnen und Schülern im Wesentlichen vertraut. Neu für Bremer Schülerinnen und Schüler sind lediglich

- in Deutsch das materialgestützte Schreiben,
- in Mathematik die Aufgabe ohne Hilfsmittel,
- in den Fremdsprachen die Kommunikationsprüfung sowie die Mediationsaufgabe.

Die neu hinzugenommenen Aufgabenformate in Deutsch und Mathematik erweitern das Spektrum der möglichen Aufgabenstellungen, sind aber nicht verbindlich. Es wird daher erst noch geprüft, ob diese Formate in Bremen zum Einsatz kommen sollen.

In den modernen Fremdsprachen ist eine Erweiterung der zu prüfenden Kompetenzen durch die Bildungsstandards verbindlich vorgesehen. Das erfordert entsprechend auch ein geändertes Prüfungsformat. Dieses wird im Zuge der Implementation der Bildungsstandards in den Fokus genommen. Derzeit wird mit den Fachberaterinnen der Fremdsprachen über die Umsetzung und Ausgestaltung beraten.

gez. Melanie Knaack

Dr. H. Buhse
21-6
Tel.: 15871

15.08.2013

Bericht für
die Sitzung der Deputation für Bildung (staatlich) am 22.08.2013 unter Verschiedenes

„Seiteneinstieg“

Frage

Die Abgeordnete Frau Böschen, Fraktion der SPD, bittet um einen Bericht zum Quereinstieg, bzw. Seiteneinstieg, wie die Möglichkeiten wahrgenommen werden und welche Erfahrungen damit gemacht werden.

Antwort

I. Möglichkeiten

Neben der regulären Lehramtsausbildung (Studium und Vorbereitungsdienst) verfügt Bremen für den Fall besonderer Personalnot in bestimmten Fächern über zwei Formen des Seiteneinstiegs ins Lehramt:

- „Seiteneinstieg **A** (**A**usbildung)“: Einstieg in den regulären Vorbereitungsdienst nach Gleichstellung eines wissenschaftlichen Hochschulabschlusses mit dem Ersten Staatsexamen,
- „Seiteneinstieg **B** (**b**erufsbegleitend)“: Ausbildung für Menschen, die über einen wissenschaftlichen Hochschulabschluss und mehrjährige Berufserfahrung verfügen, als Lehrkräfte eingestellt werden und am LIS dafür zwei Jahre lang berufsbegleitend qualifiziert werden.

Der Vorbereitungsdienst schließt mit der Zweiten Staatsprüfung, die berufsbegleitende Ausbildung mit einer staatlichen Prüfung ab, die in Bremen nach § 9 Absatz 2 des Bremischen Lehrerausbildungsgesetzes mit der Zweiten Staatsprüfung gleichgestellt ist

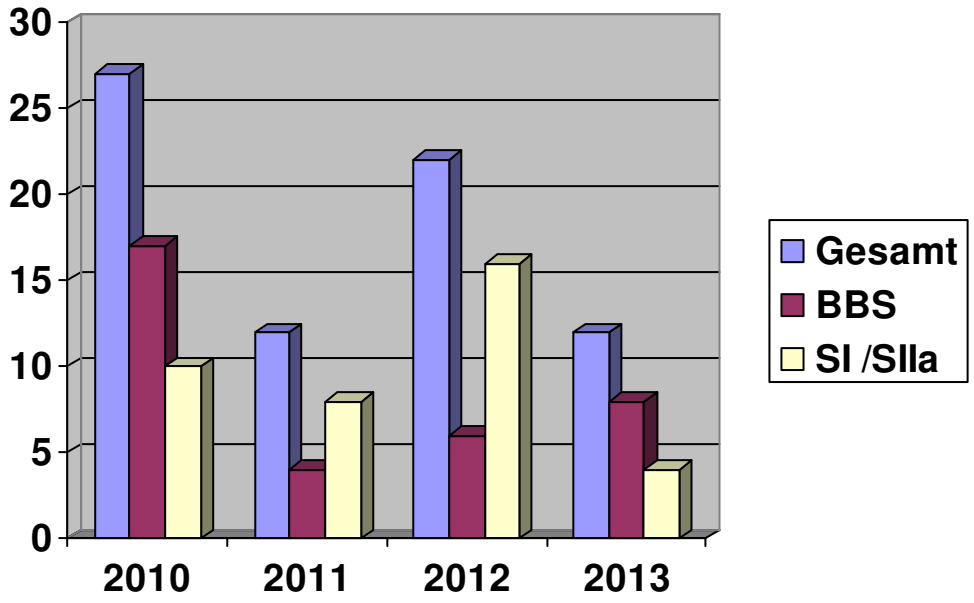
Im Auswahlverfahren absolvieren die Bewerber/innen für den Seiteneinstieg B in einer Schule eine Hospitationswoche, die mit einem ersten eigenen Unterrichtsversuch endet. Dabei wird eingeschätzt, ob die Bewerberinnen und Bewerber die erforderliche pädagogische Eignung haben.

II. Wahrnehmung dieser Möglichkeiten des Seiteneinstiegs

1. Seiteneinstieg A:

- Von den 35 Personen, die seit 2010 den Seiteneinstieg gewählt haben, haben 21 inzwischen ihren Abschluss erworben
- Von diesen 21 Personen sind 15 im bremischen Schuldienst als Lehrer tätig, 3 Personen sind Lehrer in anderen Bundesländern, 1 Person hat keine Anstellung als Lehrer bekommen und zu 2 Personen fehlen die Angaben
- Von den restlichen 14 Personen, die sich noch in der Ausbildung befinden, haben 2 gekündigt (1x familiäre Gründe, 1x Rückkehr an die Uni), 1 Person befindet sich in Beurlaubung

Die Anzahl derjenigen, die im Rahmen des Seitenseinstiegs A ausgebildet werden, ist rückläufig – unter anderem deshalb, weil diese Form des Seiteneinstiegs auf die beruflichen Fachrichtungen konzentriert worden ist.



Quelle: Landesinstitut für Schule, Anzahl der Seiteneinsteiger (A) im Referendariat (Berücksichtigung bis Mai 2013).

2. Seiteneinstieg B:

- In den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven sind 17 Lehrkräfte ausgebildet worden. 15 von ihnen haben bislang ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen; eine Abschlussprüfung steht noch aus.
- Bislang hat es einen Durchgang für die berufsbegleitende Ausbildung gegeben, der Ende Oktober 2013 abgeschlossen sein wird.

Aus Kostengründen konnte die Möglichkeit des Seiteneinstiegs B bislang nur 2011 angeboten werden. Das Interesse an dieser Ausbildungsvariante besteht seitens der Stadtgemeinden, der Schulen und potenzieller Teilnehmer/innen weiterhin.

III. Erfahrungen mit dem Seiteneinstieg

1. Auswahlverfahren:

Entgegen der anfänglich geäußerten Sorge, dass durch die Überprüfung der pädagogischen Eignung zu viel Arbeitsaufwand für die Schulen entstehen könnte, äußern sich Schulleitungen hierzu überwiegend positiv, weil sie erstmalig die Möglichkeit haben, die grundsätzliche pädagogische Eignung der Bewerber/innen für einen Seiteneinstieg B vor Ausbildungsbeginn zu bewerten und darüber das Gespräch mit den Bewerbern zu führen. Die Erfahrung zeigt außerdem, dass Bewerber/innen sich selbst überprüfen, sich der Frage stellen, ob ihre Vorstellungen von ihrem zukünftigen Beruf in der Praxis realistisch sind, und entsprechende Konsequenzen ziehen. Aufgrund der positiven Erfahrungen wird geprüft, ob es möglich ist, die Feststellung der pädagogischen Eignung für den Seiteneinstieg A einzuführen.

2. Lernmotivation:

Die Lernmotivation und die Lernfähigkeit der Teilnehmenden waren in den meisten Fällen durchgängig sehr hoch. Dabei zeigt sich, dass insbesondere im berufsbildenden Lehramt und im Bereich der Sonderpädagogik die vorherige Berufserfahrung gewinnbringend eingebracht werden kann. Hier liegt die große Stärke vieler Seiteneinsteiger/innen.

3. Fachwissenschaftliche und pädagogische Anforderungen:

Bei dem zugewiesenen zweiten Unterrichtsfach (Zweitfach) kommt es z.T. zu fachlichen Problemen. Im Einzelfall muss deutlich nachgearbeitet werden; dies stellt eine zusätzliche Anforderung für die Seiteneinsteiger dar. Im Erstfach gibt es in der Regel keine Probleme, auch nicht wegen einer zu hohen Spezialisierung.

In pädagogischer Hinsicht sind die meisten Seiteneinsteiger zu Anfang der Ausbildung verunsichert, kompensieren dies aber in der Regel mit einer erhöhten Aufmerksamkeit und Bereitschaft, sich auf ein pädagogisches Handeln einzulassen.

4. Schulseite:

In den meisten Fällen (s.o.) wird von Schulseite kein Unterschied zu anderen Referendaren gemacht.

gez.
Dr. Buhse